

Böse Buben im Parlament

Was verstehen die Politiker eigentlich vom Steuerrecht? Die Fachleute beim Münchner Stadtforum haben da so ihre Zweifel

Von Marco Völklein

München – Einen Bundestagsabgeordneten suchte man am Dienstagabend vergessens unter den Zuhörern bei der Stadtforum-Diskussion zum Thema „Steuerlabyrinth Deutschland – Arbeiten wir nur noch, um Steuern zu zahlen?“ Und das war wahrscheinlich auch ganz gut so. Denn andernfalls hätte sich der gesamte Zorn des Publikums wie auch der vier Diskussionsteilnehmer auf dem Podium gegen den Volksvertreter gerichtet. Schon so bekamen die Parlamentarier ganz schön ihr Fett weg.

„Der Sachverstand im deutschen Steuerrecht ist an der falschen Stelle“, sagte Michael Balke, Richter am Finanzgericht Hannover, und zielte damit auf die Steuerpolitiker ab. Deren Sachverstand zweifelte er massiv an. Steuerrechtler wie die Professoren Paul Kirchhof und Klaus Tipke hätten bereits mehrere Steuerreformkonzepte erarbeitet. Doch mit keinem seien sie bei der Politik durchgedrungen. „Bislang gab es nur eine echte Steuerreform, die diesen Namen auch verdient hat“, sagte Balke und meinte die Reform der Grunderwerbsteuer Anfang der 1980er Jahre, welche damals bei einem Steuersatz von sieben Prozent lag. Zugleich existierten zahlreiche Ausnah-

men, so dass 80 Prozent der Vorgänge mit einer Steuerbefreiung endeten. Die Reform kappte die Vergünstigungen, als Ausgleich sank der Satz auf zwei Prozent (mittlerweile liegt er bei 3,5 Prozent). „Das Steueraufkommen hat sich dadurch sogar erhöht“, sagt Balke. „Das

wäre mal ein Vorbild gewesen für eine Reform des Einkommensteuerrechts.“

Doch dazu fehle den Bundestagsabgeordneten auch der Mut, ergänzte Rainer Holznapel vom Bund der Steuerzahler. Das komplizierte Steuerrecht ermögliche es den Parteien, ihre spezielle Wähler-

lientel zu bedienen. So habe die Union vor einigen Jahren die Steuerfreiheit für Nachtzuschläge abschaffen wollen. Die Gewerkschaften mobilisierten aber die SPD und setzten letztlich die Beibehaltung durch. Somit bleibe das Steuerlabyrinth erhalten, kritisierte Holznapel.

Das wiederum sorgte aber dafür, dass auch Fachleute wie etwa Steuerberater in dem Dickicht der Verordnungen und Gesetze kaum mehr durchblicken, sagte der Münchner Steuerberater Tobias Bergbauer. Viel schlimmer noch: Obwohl das Gesetz immer komplizierter werde, kassiere der Fiskus mittlerweile Gebühren, wenn Steuerzahler vom Finanzamt eine verbindliche Auskunft zu einem Steuersachverhalt haben möchten. Und außerdem hat der Gesetzgeber im vergangenen Jahr die Absetzbarkeit von privat veranlassten Steuerberatungskosten massiv beschnitten. Bergbauer: „Es macht einfach keinen Spaß mehr.“

Auch die Absetzbarkeit der Steuerberaterkosten landete mittlerweile vor Gericht – wie schon zuvor die Abschaffung der Pendlerpauschale und viele andere Fragen. Doch auch dabei müssen die Steuerzahler aufpassen: Denn oft ist es so, dass nur derjenige Bürger, der sich über einen Einspruch an ein laufendes Verfahren angehängt hat, von einem entsprechenden Urteil der obersten Gerichte profitiert. Alle anderen Steuerzahler gehen leer aus. „Es macht sich das diffuse Gefühl breit, dass der Bürger nichts mehr versteht und am Ende benachteiligt ist“, sagte Markus Deutsch vom Verband der Steuerberater.

Ein weiterer Grund für die Kompliziertheit des Steuerrechts sei, so argumentierte Finanzrichter Balke, „dass sich die Abgeordneten selbst nicht an das halten müssen, was sie uns Steuerzahlern aufbürden“. Als Beispiel nannte er die steuerfreie Pauschale der Abgeordneten: Ein Normalbürger, der mehr als 920 Euro an Werbungskosten geltend machen möchte, muss jede einzelne Ausgabe nachweisen. Ein Bundestagsabgeordneter dagegen erhält zusätzlich zu seinen Diäten eine steuerfreie Pauschale in Höhe von jährlich rund 45 000 Euro – und zwar ohne Einzelnachweise. Dagegen hatte Balke, gemeinsam mit anderen Bürgern, vor dem Bundesfinanzhof geklagt. Das oberste deutsche Steuergericht wies seine Klage aber ab. Nun hat Balke eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Ob sie angenommen wird, ist derzeit offen.

Der Jurist forderte die Bürger auf, es ihm trotzdem gleichzutun. An den Finanzgerichten säßen „Richter mit gefesselten Händen“, sagte Balke. Mit einer umfassenden Steuerreform in den nächsten Jahren rechnete keiner der Diskussionssteilnehmer. Um so wichtiger sei es, so Balke, dass sich die Bürger zur Wehr setzen: „Ihre Anträge, ihre Verfahren brauchen wir, um ein besseres Steuersystem voranzubringen.“

Das Stadtforum ist eine Veranstaltung von Süddeutscher Zeitung, Stadtsparkasse München und Gasteig GmbH.



Blick in den Plenarsaal des Deutschen Bundestags: Die Abgeordneten kassieren neben ihren Diäten eine steuerfreie Pauschale in Höhe von 45 000 Euro, für die sie keine Nachweise vorlegen müssen. Viele Bürger regen sich darüber auf. Ein Finanzrichter aus Hannover hat nun Verfassungsbeschwerde eingereicht. Foto: ddp

Böse Buben im Parlam

Was verstehen die Politiker eigentlich vom Steuerrecht? Die Fachleute beim Mün

Von Marco Völklein

München – Einen Bundestagsabgeordneten suchte man am Dienstagabend vergebens unter den Zuhörern bei der Stadtforum-Diskussion zum Thema „Steuerlabyrinth Deutschland – Arbeiten wir nur noch, um Steuern zu zahlen?“ Und das war wahrscheinlich auch ganz gut so. Denn andernfalls hätte sich der gesamte Zorn des Publikums wie auch der vier Diskussionsteilnehmer auf dem Podium gegen den Volksvertreter gerichtet. Schon so bekamen die Parlamentarier ganz schön ihr Fett weg.

„Der Sachverstand im deutschen Steuerrecht ist an der falschen Stelle“, sagte Michael Balke, Richter am Finanzgericht Hannover, und zielte damit auf die Steuerpolitiker ab. Deren Sachverstand zweifelte er massiv an. Steuerrechtler wie die Professoren Paul Kirchhof und Klaus Tipke hätten bereits mehrere Steuerreformkonzepte erarbeitet. Doch mit keinem seien sie bei der Politik durchgedrungen. „Bislang gab es nur eine echte Steuerreform, die diesen Namen auch verdient hat“, sagte Balke und meinte die Reform der Grunderwerbsteuer Anfang der 1980er Jahre, welche damals bei einem Steuersatz von sieben Prozent lag. Zugleich existierten zahlreiche Ausnah-

men, so dass 80 Prozent der Vorgänge mit einer Steuerbefreiung endeten. Die Reform kappte die Vergünstigungen, als Ausgleich sank der Satz auf zwei Prozent (mittlerweile liegt er bei 3,5 Prozent). „Das Steueraufkommen hat sich dadurch sogar erhöht“, sagt Balke. „Das

wäre mal ein Vorbild gewesen für eine Reform des Einkommensteuerrechts.“

Doch dazu fehle den Bundestagsabgeordneten auch der Mut, ergänzte Rainer Holzengel vom Bund der Steuerzahler. Das komplizierte Steuerrecht ermögliche es den Parteien, ihre spezielle Wähler-

kli
vo:
Ne
Ge
SF
tu
rir



ament

Münchener Stadtforum haben da so ihre Zweifel

- klientel zu bedienen. So habe die Union vor einigen Jahren die Steuerfreiheit für Nachtzuschläge abschaffen wollen. Die r Gewerkschaften mobilisierten aber die .. SPD und setzten letztlich die Beibehaltung durch. Somit bleibe das Steuerlabyrinth erhalten, kritisierte Holzengel.

Das wiederum Sorge aber dafür, dass auch Fachleute wie etwa Steuerberater in dem Dickicht der Verordnungen und Gesetze kaum mehr durchblicken, sagte der Münchner Steuerberater Tobias Bergbauer. Viel schlimmer noch: Obwohl das Gesetz immer komplizierter werde, kassiere der Fiskus mittlerweile Gebühren, wenn Steuerzahler vom Finanzamt eine verbindliche Auskunft zu einem Steuersachverhalt haben möchten. Und außerdem hat der Gesetzgeber im vergangenen Jahr die Absetzbarkeit von privat veranlassenen Steuerberatungskosten massiv beschnitten. Bergbauer: „Es macht einfach keinen Spaß mehr.“

Auch die Absetzbarkeit der Steuerberaterkosten landete mittlerweile vor Gericht – wie schon zuvor die Abschaffung der Pendlerpauschale und viele andere Fragen. Doch auch dabei müssen die Steuerzahler aufpassen: Denn oft ist es so, dass nur derjenige Bürger, der sich über einen Einspruch an ein laufendes Verfahren angehängt hat, von einem entsprechenden Urteil der obersten Gerichte profitiert. Alle anderen Steuerzahler gehen leer aus. „Es macht sich das diffuse Gefühl breit, dass der Bürger nichts mehr versteht und am Ende benachteiligt ist“, sagte Markus Deutsch vom Verband der Steuerberater.

Ein weiterer Grund für die Kompliziertheit des Steuerrechts sei, so argumentierte Finanzrichter Balke, „dass sich die Abgeordneten selbst nicht an das halten müssen, was sie uns Steuerzahlern aufbürden“. Als Beispiel nannte er die steuerfreie Pauschale der Abgeordneten: Ein Normalbürger, der mehr als 920 Euro an Werbungskosten geltend machen möchte, muss jede einzelne Ausgabe nachweisen. Ein Bundestagsabgeordneter dagegen erhält zusätzlich zu seinen Diäten eine steuerfreie Pauschale in Höhe von jährlich rund 45 000 Euro – und zwar ohne Einzelnachweise. Dagegen hatte Balke, gemeinsam mit anderen Bürgern, vor dem Bundesfinanzhof geklagt. Das oberste deutsche Steuergericht wies seine Klage aber ab. Nun hat Balke eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Ob sie angenommen wird, ist derzeit offen.

Der Jurist forderte die Bürger auf, es ihm trotzdem gleichzutun. An den Finanzgerichten säßen „Richter mit gefesselten Händen“, sagte Balke. Mit einer umfassenden Steuerreform in den nächsten Jahren rechnete keiner der Diskussionssteilnehmer. Um so wichtiger sei es, so Balke, dass sich die Bürger zur Wehr setzen: „Ihre Anträge, ihre Verfahren brauchen wir, um ein besseres Steuersystem voranzubringen.“

Das Stadtforum ist eine Veranstaltung von Süddeutscher Zeitung, Stadtparkasse München und Gasteig GmbH.



Blick in den Plenarsaal des Deutschen Bundestags: Die Abgeordneten kassieren neben ihren Diäten eine steuerfreie Pauschale in Höhe von 45 000 Euro, für die sie keine Nachweise vorlegen müssen. Viele Bürger regen sich darüber auf. Ein Finanzrichter aus Hannover hat nun Verfassungsbeschwerde eingereicht. Foto: ddp